

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Einzige Tageszeitung im Umtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichtsamtshofes, des Arbeitsgerichts und des Hauptamts zu Danzig, des Umtsgerichts, des Finanzamtes, der Schulinspektion und des Staatsrats zu Bischofswerda beständiges Blatt

Schreinergasse 10; Telefon 1100-1246.
Niederwerda, 200 Meter (Berggasse Schnecke) befindet sich ein Begräbniswohnung. Seit 1903 verließ, dass sie aus der Begräbniswohnung verließ, bis auf die anderen Wohnungen, die sie weiterhin bewohnt. Die Begräbniswohnung ist eine kleine Wohnung mit einem kleinen Zimmer: Wann aus dem Haus wohnte, bis 1903, beim Abholen in der Schreinergasse 20 Uhr. Anwohner 10 Uhr. Sonnabend- und Sonntagmorgen 15 Uhr.



Neukirch und Umgegend

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volkschichten. Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frei und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich Mayr, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandssitzkasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Bezugspreise: Dienstag abends für den folgenden Tag. Bezugserlaubnis für das Jahr eines bestimmten Monats: Einmal im Jahr. Kostenabrechnung wird erst vom 1. Januar bis zum 31. Dezember. Zinsen: 1000 Mark pro Konto. — Ausgaben: Dienstag 10 Uhr. Beispiele: Sonnabend 10 Uhr. Sonntagmorgen 15 Uhr.

Nr. 20

Dienstag, den 3. Februar 1931.

86. Jahrgang

Lageschau.

Unter großer Beteiligung hielt Montag mittag der Reichsbund im Circus Busch seine 10. Reichslandbund-Tagung ab. Zahlreiche dem Landbund nahestehende Abgeordnete nahmen die Tagung als Gäste in den Räumen der Deutschen Partei. Dagegen waren keine Vertreter der Behörden erschienen, da Einladungen an die Behörden nicht ergangen waren.

Zwischen Mitgliedern des Reichsbundes, Vertretern des Reichstagspräsidenten und der Parteien, mit Ausnahme der Deutschen Nationalen, Nationalsozialisten und Kommunisten, haben am Montag Versprechungen über die Fortschreibung der Geschäftsausübung des Reichstags stattgefunden. Jedenfalls hat man sich über 4 Punkte geeinigt.

Der Berliner Polizeipräsident Oberleitner kündigte an, dass die Blutlusten am vergangenen Sonntag an, dass er gegen die wie der sogenannten Verleihstafale der radikalen Parteien mit den schärferen Mitteln einzuschreiten werde. Bereits am Montagnachmittag fand eine Polizeiversammlung in den Versammlungsstätten der radikalen Parteien statt.

Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, der den Reichspräsidenten erfordert, den Reichstag sofort aufzulösen.

In Bogota in Colombia (Vereinigte Staaten Amerikas) starb bei Zusammenstößen aus Anlass der Kongresswahl am Sonntag mindestens 27 Personen getötet und 21 verletzt worden.

Auf Neuseeland im Süden Ozeans ereignete sich heute Dienstagmittag ein schweres Erdbeben. Bei Napier senkte sich der Meeresboden. Eine Anzahl Dampfschiffe geriet in Brand. In Napier soll nahezu jedes Steingebäude zerstört sein. Man befürchtet große Verluste an Menschenleben.

* Ausschnittsweise an anderer Stelle.

Die Kampfansage des Landbundes.

Berlin, 3. Februar. (Eigene Meldung.) Der Reichsbund hat, wie nicht anders zu erwarten war, der Regierung Brünings den schärfsten Kampf angesagt. „Auf zum Kampf! „Gott mit diesem System!“ Kampf dieser Reichsregierung!“ Das waren die Parolen der großen Versammlung des Reichslandbundes in Berlin. Man richte zwar nicht allzu schwere Angriffe gegen den Reichernährungsminister Schieles, aber aus den Erklärungen der Redner ging doch hervor, dass man sich viel mehr von Schieles versprochen hatte, als er in das Reichskabinett eintrat. Die Reichslandbundtagung ist von größter politischer Bedeutung, denn man kann wohl annehmen, dass sich jetzt der endgültige Abmarsch der deutschen Landwirtschaft nach rechts vollzieht. Im Regierungslager ist man daher recht beunruhigt, denn schließlich kann die Regierung Brünning nicht den Kampf gegen die gesamte deutsche Landwirtschaft aufnehmen. Man hatte bisher immer noch gehofft, der Reichernährungsminister Schieles werde einen mäßigen Einfluss auf die Landwirtschaft ausüben, aber man hat sich schwer getäuscht. Bei den letzten Verhandlungen zwischen den Führern der deutschen Landwirtschaft und dem Kanzler handelt es sich darum, ob die Regierung nun auch wirklich das halten werde, was sie der Landwirtschaft versprochen hatte. Aber alle Vorstellungen der Landwirtschaft halten nicht, da Brünning sich nicht entschließen konnte, der Landwirtschaft das zu geben, was sie forderte.

Gingen nun etwa die Wünsche der Landwirtschaft zu weit? Das ist verschiedentlich behauptet worden. Gewiss verslangte die Landwirtschaft viel, aber auch nicht unmögliches. Allerdings hatte auch die deutsche Industrie dem Kanzler Forderungen unterbreitet, die darauf hinausliefen, der Landwirtschaft nicht allzu große zoll- und handelspolitische Vergünstigungen einzuräumen. Gewisse Befürchtungen bei der Industrie schienen auch berechtigt zu sein, denn in landwirtschaftlichen Kreisen hatte man handelspolitische Wünsche geäußert, die unser ganzes Handelsvertragsystem über den Haufen geworfen hätten, wenn sie von der Regierung erfüllt worden wären. Aber auch wenn man der Landwirtschaft nicht hundertprozentig alle zoll- und handelspolitischen Wünsche erfüllen wollte, so hätte die Regierung ihr doch wenigstens etwas entgegenkommen können. Schon die Osthilfe war in der Regierungsvorlage stark verwässert worden, zumal der Landwirtschaft von vornherein klar war, dass ein großer Teil des Ostprogramms doch nur auf dem Papier stehen würde. Man hat in allen landwirtschaftlichen Kreisen mit den Versprechungen der Regierung doch schon viel zu schlechte Erfahrungen gemacht, als dass

man nicht sehr vorsichtig ist gegenüber allen Plänen, die die Regierung aufstellt.

Dass der Landbund sich so scharf gegen die Regierung Brünning stellen würde, hat man im Regierungslager nicht vermutet. Ein politisches Zusammenspiel zwischen der Reichsregierung und der Landwirtschaft ist jetzt wohl nicht mehr möglich. Die Brüder zur preußischen Regierung sind vollständig abgebrochen. Die politische Lage hat sich dadurch außerordentlich verschärft. Die Landwirtschaft wird jetzt auch von der Regierung kein Entgegenkommen zu erwarten haben, weder vom Reich noch von Preußen. Wahrscheinlich wird sich die Osthilfe jetzt noch weiter verschlechtern, denn sie sollte ja doch das Mittel sein, die Landwirtschaft an die Regierung heranzuziehen. Gewissmacher als Belohnung für gute Führung sollte der Landwirtschaft die Belohnung in Form der Osthilfe erteilt werden.

Wenn der Präsident des Reichslandbundes, Graf Kalderth, in der großen Kundgebung im Circus Busch erklärt, der Reichsverband der deutschen Industrie habe sein Mittel unverschont gelassen, um der Landwirtschaft Steine in den Weg zu legen, dann ist das wohl eine recht scharfe Formulierung, die nicht wörtlich zu nehmen ist. Gewiss muss auch die Industrie um ihre Dasein kämpfen, ebenso schwer wie die Landwirtschaft. Das für die deutsche Industrie gewisse Gefahren vorhanden sind, wenn das gegenwärtige Handelsvertragsystem geändert wird, ist nicht zu bestreiten. Das Ausland würde mit scharfen Gegenmaßnahmen auf deutsche Zollerhöhungen antworten, wodurch die deutsche Industrie schwer betroffen werden würde. Der Abwehrkampf gegen die deutschen Industriewaren hat sich in verschiedenen Ländern weiter verschärft, so vor allem in Holland, in Dänemark, in Finnland und in den baltischen Staaten. Auch Frankreich beobachtet argwöhnisch die Entwicklung der deutschen Agrarzölle, da es an der Gemüse- und Obstausfuhr nach Deutschland sehr interessiert ist.

Die deutsche Industrie war in den letzten Jahren durchaus agrarfremdlich. Sie hat verschiedentlich Zollerhöhungen für Agrarerzeugnisse zugestimmt, weil sie sich vollkommen bewusst ist, dass ein starker deutscher Inlandsmarkt vorhanden sein muss, um die Industrie am Leben zu erhalten. Unter heutigen Verhältnissen ist ein kaufmänniger Inlandsmarkt die Voraussetzung für eine günstige Entwicklung der Ausfuhr. Nur wenn die Industrie den Hauptteil ihrer Erzeugnisse auf dem Innenmarkt absetzen kann, dann hat sie die Möglichkeit, die Ausfuhrpreise so zu gestalten, dass die deutsche Ware in der Welt wettbewerbsfähig ist. Was im Inlandsgeschäft verdient wird, muss zum größten Teil wieder dazu beitragen, um die Verluste im Ausfuhrgeschäft zu decken.

Man kann sich daher nur denken, dass sich die Industrie gegen eine zu starke Schutzzollbewegung aufgrund der Landwirtschaft ausgesprochen hat. Natürlich wird sie sich entscheiden gegen eine grundsätzliche Änderung des gegenwärtigen Handelsvertragsystems gewandt haben, aber nicht gegen Maßnahmen, die dazu beitragen, den deutschen Inlandsmarkt zu stärken. Es ist natürlich nicht leicht, einen gerechten Ausgleich zwischen den Interessen der Landwirtschaft und der Industrie zu finden. Aber weder die Industrie noch die Landwirtschaft haben das Vertrauen zu der Regierung Brünning, dass sie in der Lage ist, diesen Ausgleich zu schaffen, so dass die deutsche Gesamtwirtschaft, also Industrie und Landwirtschaft am Leben erhalten werden.

Wie nun die Osthilfe und die anderen Hilfemaßnahmen für die Landwirtschaft ausfallen werden, ist noch nicht zu übersehen, denn jetzt hat die Regierung Brünning wohl wenig Interesse daran, die Wünsche der Landwirtschaft zu erfüllen. Wenn sie dieser Regierung den schärfsten Kampf angesetzt hat. Die deutsche Landwirtschaft will, wie der Bauernhofbesitzer Bechler im Circus Busch vor Tausenden von Landwirten feststellte, zu einem neuen Reich kommen. Das neue Reich ist aber nicht das Brünings und der Sozialdemokraten. Es ist nicht mit den bisherigen parlamentarischen Mitteln zu erreichen.

Die Reden auf der Reichslandbundtagung.

Berlin, 2. Februar. Der Kuppelbau des Circus Busch bot das bei den großen Tagungen des Landbundes seit Jahrzehnten vertraute Bild. Jeder Platz war schon lange vor Beginn besetzt. Begleitet von den dröhnenden Klängen des Hohenfriedbergers zog die endlose Reihe der Fahnenabordnungen, der Reitervereine und des Junglandbundes ein. Schwarze Schleife an den Fahnenstangen als Sinnbild der Trauer um die gefährdeten Scholle. Unter den Gästen sah man den deutschen Kronprinzen.

Mit großer Begeisterung wurde der deutsch-nationale

Abgeordnete für Ostpreußen, Kammerherr von Oldenburg-

Janischau, der alte Werkkämpfer des Bundes der Landwirte, bei seinem Erscheinen begrüßt.

Auf der Landbund-Versammlung hielt nach der Bezugserlaubnis eines Vorstandsmitgliedes Präsident Graf Kalderth das Hauptreferat. Er erklärte u. a. folgendes:

Heute, am Tage seines zehnjährigen Bestehens, steht der Reichslandbund in dem schwierigen Kampf, den er je zu